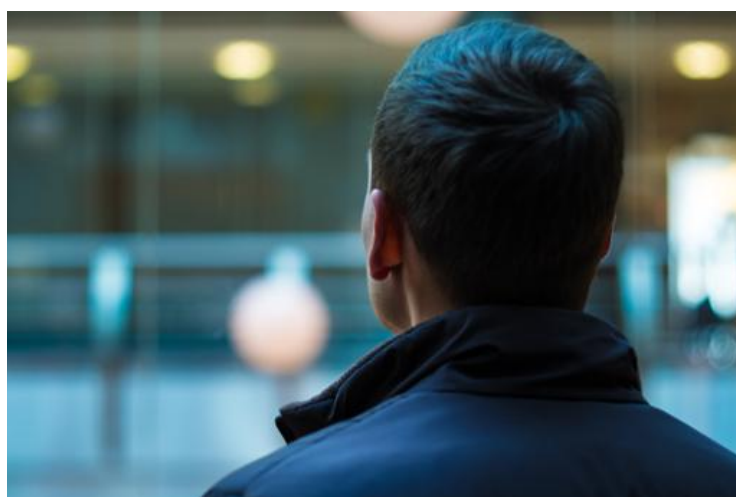


Studie über Rassismus und Diskriminierung in Luxemburg

Diffuses Phänomen



In einem zweiten Teil der Studie wird das Cefis Interviews mit Opfern von Rassismus und Diskriminierung führen und die Ergebnisse Ende des Jahres vorstellen. Foto: Shutterstock

POLITIK & GESELLSCHAFT / MICHÈLE GANTENBEIN

2021 ließ die Regierung in Luxemburg eine breit angelegte nationale Umfrage zum Thema Rassismus und ethnisch-rassische Diskriminierung aufgrund von Hautfarbe, Nationalität, Herkunftsland, Nachname, Religion usw. durchführen. Den Auftrag dazu hat die Regierung vom Parlament erhalten. Die Ergebnisse wurden gestern vorgestellt.

Das Luxembourg Institute of Socio-Economic Research (Liser) hat im Rahmen der quantitativen Analyse 139 Experten und Akteure aus 67 privaten und öffentlichen Strukturen über deren Wahrnehmung des Phänomens befragt. Das Centre d'étude et de formation interculturelles et sociales (Cefis) war für die qualitative Analyse zuständig und hat via Online-Fragebogen die Bevölkerung um deren Einschätzung zum Phänomen Diskriminierung gebeten. Die Fragebögen wurden an 15 000 Einwohner (Luxemburger und Personen mit Migrationshintergrund) ab 18 Jahren verschickt, darunter 1 500 Portugiesen und 5 000 Nicht-EU-Bürger, um eine Überrepräsentation von bestimmten Risikogruppen zu erreichen. 2 949 Einwohner haben mitgemacht.

Kaum ideologischer Rassismus

Das Positive: Die Überzeugung, dass manche Rassen anderen überlegen seien, ist kaum präsent. Lediglich 4,3 Prozent der 2 949 Befragten vertraten diese These. In einer vergleichbaren Studie in Frankreich lag diese Quote bei neun Prozent. Gering ist auch die Quote derer, die meinen, dass rassistische Reaktionen in manchen Fällen gerechtfertigt seien. 15,2 Prozent der Befragten vertraten diese Meinung, in Frankreich lag diese Quote bei 46 Prozent.

Die Befragung der Experten ergab, dass Rassismus und Diskriminierung vage Begriffe sind, die nicht klar definiert sind, es deswegen auch keine klaren Strategien im Umgang mit dem Phänomen gibt. Sie stellten fest, dass rassistische Angriffe in der Öffentlichkeit eher seltener geworden seien und es zu einer Transformation hin zu Mikroaggressionen gekommen sei, wobei die sozialen Medien eine wichtige Rolle spielen.

Bestimmte Stereotypen aber sind recht fest in den Köpfen der Menschen verankert. Die Experten identifizierten folgende Vorurteile: Faulheit der Afrikaner, Unterwerfung muslimischer Frauen, islamistischer Terror sowie die Annahme, Flüchtlinge seien Asylschmarotzer.

Die Wahrnehmung der Experten spiegelt sich in der Online-Befragung wider. Knapp 46 Prozent geben an, dass bestimmte ethnisch-rassische Gruppen die Interaktion mit anderen meiden, allen voran Muslime, Roma, gefolgt von den Luxemburgern, Portugiesen und an letzter Stelle die Asiaten. Ein Drittel der Befragten macht Menschen von dunkler Hautfarbe, aus osteuropäischen Ländern, Roma und an letzter Stelle Muslime für die Steigerung von Gewalt und Kriminalität verantwortlich. Ein Drittel ist zudem überzeugt, dass bestimmte Gruppen Mühe haben, sich an gängige Nachbarschaftsregeln zu halten. Auch hier dominieren Roma und Muslime gefolgt von Personen von dunkler Hautfarbe und Portugiesen.

Risikobereiche

Die Experten beobachten Diskriminierungen vor allem im Arbeitsbereich, bei der

Wohnungssuche, auf den sozialen Medien und im Bildungsbereich und führen sie auf mangelnde Sprachkenntnisse (Luxemburgisch), auf die Hautfarbe und die Herkunft zurück. Betroffen seien vor allem afrikanischstämmige Personen, arabischstämmige Muslime und Portugiesen. Die Online-Befragung bestätigt diese Wahrnehmung der Experten.

Zurückhaltung der Opfer

Doch nur wenige Betroffene melden Fälle von Rassismus und Diskriminierung. Zwei Drittel der Opfer geben an, ihren Fall nicht zu melden – zum einen, weil sie das nicht für nötig oder nicht schwerwiegend genug halten, zum anderen, weil sie nicht informiert sind oder diesen Schritt für zu kompliziert halten. Weitere 22 Prozent äußern sich nicht zu dieser Frage. Das bestätigt laut Frédéric Docquier vom Liser die Annahme der Experten, dass es sich um ein diffuses Phänomen handelt, das schwer zu greifen ist.

Die Forscher haben Handlungsempfehlungen für die Bereiche Arbeit, Wohnen und Schule ausgearbeitet. Sie sehen Verbesserungsmöglichkeiten durch schärfere Sanktionen, vor allem aber durch Aufklärung, Sensibilisierung, Weiterbildung und konkrete Initiativen, die das Zusammenleben fördern. Sie machen sich stark für eine bessere Begleitung von Opfern und für eine Verstärkung des Centre pour l'égalité de traitement (CET).

Familien- und Integrationsministerin Corinne Cahen (DP) zufolge sind bereits erste Schritte geplant. So soll es eine Schulung zum Umgang mit Risikogruppen für kommunale Beamte geben. Man werde an die Unternehmen herantreten und Immobilienagenturen dazu anhalten, Diskriminierungsversuche seitens von Hauseigentümern nicht zuzulassen.